

Nicht nur „der Deckel muss weg“!

Vor einer Woche zogen 130.000 KollegInnen aus Krankenhäusern vors Brandenburger Tor, um gegen das Kaputtsparen von Krankenhäusern und die immer unerträglicheren Arbeits- und Pflegebedingungen dort zu protestieren. Aufgerufen haben neben den Gewerkschaften Verdi, Beamtenbund (dbb) und Marburger Bund auch die Organisationen der Krankenhausbosse Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Deutsche Städtetag.

Gesundheitsministerin Schmidt hatte kurz vor der Demonstration zwar zusätzliche drei Mrd. Euro an die Krankenhäuser genehmigt und versprochen, davon 21.000 neue Stellen in der Pflege zu schaffen. Aber seit 1991 sind allein in der Pflege über 50.000 Vollzeitstellen abgebaut worden. Mindestens genauso viele wurden in Küchen, bei Transportern, bei Haustechnik und in anderen Bereichen abgebaut. Obwohl es seit damals eine Million Patienten mehr pro Jahr gibt, sind die normalen Stationsbesetzungen heute oft kleiner als die Notbesetzungen im Streik 1992. Die von der Bundesregierung gefeierte Krankenhaushilfe ist aber nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein – wir zahlen ihn über die steigenden Krankenkassenbeiträge auch noch selbst.

Während die Chefs auf der Demonstration den Großteil der Reden hielten, stellte die Gewerkschaft die Teilnehmer – ohne den KollegInnen wirklich selbst eine Stimme zu geben. Für alle Redner war klar, dass es ein „gemeinsames Interesse“ von Beschäftigten, Chefs und „allen Menschen in diesem Land“ an einer guten Gesundheitsversorgung und ausreichend finanzierten Krankenhäusern gäbe. Bloß dass die Chefs schon auf der Demo selbst zeigten, wie weit ihr Verständnis von Gemeinsamkeit geht. Es wären sicher gerne noch mehr KollegInnen auf die Demonstration gekommen... aber die Dienstpläne ließen es oft nicht zu. An der Charité versuchte die Leitung der Orthopädie sowie die CFM die KollegInnen von der Teilnahme abzuhalten. Die Chefs mögen es kritisieren, dass sie vom Staat nicht genug Geld bekommen, aber das hält sie nicht davon ab, über Privatisierungen und Ausgründungen, Arbeitszeitverlängerung und wachsenden Arbeitsdruck die Beschäftigten dafür bluten zu lassen. So erklärte der Münchener Oberbürgermeister als Vertreter des Städtetags selbst auf der Demonstration, es habe doch „niemand“ etwas gegen „vertretbare Marktvereinbarung“. Will heißen: Krankenhausschließungen! Mit solchen Bündnispartnern wird ganz sicher nichts besser für Beschäftigte und Patienten.

Wenn die Gesundheitsministerin das alte Lied vom fehlenden Geld singt, so ist sie offenbar nicht nur uninteressiert an der Situation in den Krankenhäusern, sondern bekommt auch nicht mehr mit, was im Kabinett besprochen wird. Da waren nämlich diese Woche innerhalb von wenigen Tagen bis zu 26 Mrd. Euro für die Stützung einer weiteren bankrotten Hypothekensbank zu verschenken. Ohne die verschiedenen Unternehmenssteuerreformen allein seit 2000 wären jedes Jahr 60 Mrd. Euro mehr in der Staatskasse. Und auch um die Interessen der deutschen Großkonzerne in Afghanistan, in Afrika und auf dem Balkan zu verteidigen, ist Geld genug da: Für *jedes* der bestellten 180 Eurofighter-Flugzeuge gibt die Bundesregierung soviel aus, wie ein Krankenhaus kostet.

Die Probleme des Gesundheitswesens hören nicht bei den Krankenhäusern auf. Wie viele Milliarden werden jedes Jahr allein für die Werbung der Pharmafirmen verschwendet? Mit dem neuen Gesundheitsfond wird der Wettbewerb unter den Kassen um die jungen und gesunden Mitglieder zulasten der älteren und chronisch kranken noch schärfer. Warum gibt es eigentlich in Deutschland 220 verschiedene Krankenkassen? Die Kosten werden zukünftig noch stärker von den Beschäftigten getragen, um milliardenschwere Unternehmen zu „entlasten“. Wieso werden Ärzte gezwungen, teure Geräte anzuschaffen, die sie dann über unsinnige und teilweise ungesunde Leistungen wieder reinholen müssen? Letzten Endes ist es so, dass an *Gesundheit* niemand verdient – Pharma- und private Krankenhauskonzerne mit *Krankheiten* aber Milliarden verdienen.

Es wird sich nichts daran ändern solange die Gewerkschaftsführung sich auf Bündnisse mit den Krankenhausbetreibern verlässt und darüber hinaus nur an die Regierung appelliert – als ob die nur nicht richtig informiert wäre. Die herrschenden Politiker wissen, was sie wollen. Wenn die Verdi-Führung Forderungen stellt ohne dafür weitere Demonstrationen und Streiks zu organisieren, glaubt sie selbst nicht daran, diese Forderungen durchzusetzen. Aber die Möglichkeit ist da: Die 130.000 DemonstrantInnen zeigen, was für eine Wut in den Häusern herrscht und was für eine Kraft entwickelt werden könnte, wenn es denn jemand organisieren würde. Dazu ist es nötig, dass wir selbst gemeinsam gegen den Arbeitsdruck und die Unterbesetzung angehen. Der Kampf um ein Gesundheitssystem für die Menschen und nicht für die Profite fängt im täglichen Kampf um die Arbeitsbedingungen an.

Von Kollegen für Kollegen...

Darauf kannst lange warten...

130.000 auf der Straße. Viele Tausende, die dieselben Probleme in den Krankenhäusern haben. Permanenter Personalmangel, Privatisierungen, Auslagerungen... Viele waren letzten Donnerstag gekommen, um zu protestieren und viele erwarten, dass verdi den Kampf endlich aufnimmt. Doch die Gewerkschaften lassen sich nur zum Jagen tragen. Das ist eine Erfahrung, die wir seit Jahrzehnten mit allen Gewerkschaften machen. Und wenn dann doch einmal eine Gewerkschaft einen Kampf unter dem Druck der Beschäftigten lostritt, dann tut sie es halbherzig und ohne das die Arbeitenden über die Aktionen und den Verlauf des Kampfes entscheiden. Wir müssen anfangen uns zu organisieren und die Proteste selbst in die Hand nehmen. Nur so kann das Warten auf Besserung ein Ende haben.

Wirksame Kampfmethoden?

Verdi greift bei der Frage der Ausgliederung der Physiotherapie zu radikalen Maßnahmen. Mit einer Unterschriftenliste wollen sie die Charité-Leitung unter Druck setzen. Das wird die Chefs sicher beeindruckt und sie werden dann... die Liste zu den Akten legen. Solche Kampfmethoden sind zahnlos, wenn dem ganzen nicht ernsthafte Proteste folgen, denen sich andere Bereiche am Besten auch noch anschließen.

Festanstellungen – jetzt!

Welche krassen Ausmaße die Leiharbeitsbeschäftigung an der Charité angenommen hat, sieht man an der Station für Rheuma-Schmerztherapie und Physiotherapie. Dort arbeitet mittlerweile nur noch ein Festangestellter, alle anderen sind in prekärer Leiharbeit beschäftigt. Wenn der Charité Personal fehlt, dann soll sie die Leiharbeiter auch fest anstellen!

Ein Krankenhaus ist für Kranke da?!

Das könnte man meinen, doch die Charité scheint sich nur für Kranke zu interessieren, die als Patienten Geld einbringen. Anders kann man sich das Verhalten der Charité-Leitung gegenüber ihren schwerbehinderten Beschäftigten nicht erklären. Diese KollegInnen werden immer häufiger gemobbt und aufgrund von krankheitsbedingten Fehlzeiten strafversetzt...

dorthin, wo sie den Betrieb nicht „aufhalten“. Sie sind für die Charité offenbar nur Ballast und sollen sich wohl alles gefallen lassen. Schöne Methoden für ein Krankenhaus.

Wachschützer gedreht

Schön, dass der Wachschutz nur noch 8 Stundenschichten arbeiten muss – auf dem Papier. In der Praxis sind wegen des Personalmangels die KollegInnen dennoch 12 Stunden auf Achse und müssen auch noch innerhalb einer Woche Spät-, Früh- und Nachtschichten durcheinander machen. Und die Minijobber sollen auch noch drei verschiedene Gebäude an verschiedenen Standorten gleichzeitig beaufsichtigen. Wann, Kollegen, reißt uns hier in der Charité endlich die Geduld?

Keine gemeinsame Sache mit Chefs!

Vor kurzem hat verdi die Tarifverhandlungen mit Vivantes abgebrochen. Die beiden Tarifparteien wirkten tief zerstritten. Wohl aber nicht zerstritten genug. Schließlich demonstrierten sie gemeinsam am 25. September auf „Deutschlands größter Gesundheitsdemo“. Wirkt komisch? Ist aber so.

Die gescheiterten Verhandlungen zeigen doch einmal mehr, dass die Beschäftigten und Chefs eben nicht auf einer Seite stehen! Es hilft auch kein Demonstrieren und Appellieren mehr, sondern nur noch Streik, um unsere Forderungen gegenüber der Politik und den Unternehmen durchzusetzen.

Gerechtes System?

Die Aktienkurse purzeln. Das 700 Mrd. Dollarpaket an die US-Banken ist geplatzt. Geht uns nichts an? Ist doch nur Amerika? Nein, viele deutsche oder europäische Banken sind mit in der Krise und das Ganze kann sich auch auf andere Branchen ausweiten. Die Leidtragenden werden die Beschäftigten sein. Arbeitsplatzabbau, staatliche Kürzungspolitik, um Banken zu retten, sind schon seit Monaten der Fall. Das sogenannte Risiko der Unternehmen und das Scheitern des kapitalistischen Marktes wird auf uns Arbeitende abgewälzt. Sollten sich die Märkte jedoch wieder fangen, dann werden es die Aktionäre sein, die den Gewinn einstreichen. Sollen wir immer die Dummen sein?

***DIES IST DEIN FLUGBLATT. WENN DU WILLST, DASS DAS VITAMIN C ALLE KOLLEGINNEN GUT INFORMIERT, DANN HILF DABEI! WENDE DICH AN:
flugblatt_charite@gmx.net***